

Haushaltsrede des Vorsitzenden der
SPD-Ratsfraktion zur Verabschiedung
des Haushaltes 2022
der Stadt Dorsten

Dorsten, 01.12.2021

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren!

Wo stehen wir?

Mit dem Jahre 2022 sind wir raus aus dem Haushaltssicherungskonzept. Der Stärkungspakt ist passé. Wir entscheiden über einen ausgeglichenen Haushalt. Erstmals seit langem verfügen wir wieder über mehr Einnahmen als Ausgaben, wobei die Pandemieschäden allerdings herausgerechnet wurden. Nichtsdestoweniger war dies ein Kraftakt, der mit schmerzhaften Einsparungen und Personalkürzungen verbunden war, wenn man die durch den Gesetzgeber erzwungenen neuen Stellen, etwa bei Feuerwehr und Kindergärten, unberücksichtigt lässt. Die Tätigkeit der Verwaltungsmitarbeiter war gekennzeichnet durch Mehrarbeit und Leistungsverdichtung. Jetzt sind wir frei von Restriktionen und haben einen gewissen Spielraum. Diesen Spielraum verdanken wir – neben der Springquelle der Gewerbesteuer - auch erfreulichen Verbesserungen zugunsten der Städte, so der Verringerung der Kosten der Unterkunft durch Erhöhung des Bundesanteils auf 75 % und eine höhere Beteiligung des Bundes bei der Flüchtlingshilfe. Zudem sinkt die Kreisumlage. Der Kreis hat darüber hinaus eine höhere Entnahme aus der Ausgleichsrücklage beschlossen. Sorgen macht hingegen die Entwicklung beim LWL und das trotz sinkender Landschaftsumlage, weil der Entwurf des Stellenplans immer noch einen nicht unerheblichen Aufwuchs an Stellen vorsieht.

Gleichwohl bleibt eine erhebliche strukturelle Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden, wie dies auch das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ (70 Kommunen, darunter u.a. Datteln, Oer-Erkenschwick und Waltrop) feststellt und daher eine neue Finanzverteilung einfordert, um einen fairen Neustart – insbesondere nach den zusätzlichen Erschwernissen durch die Pandemie – zu ermöglichen. Neben der Finanzverteilung seien die Lösung des Altschuldenproblems, die Ermöglichung von Investitionen durch echte Förderprogramme und die Schließung von Steueroasen zwingend notwendig. So ist es!

Nun steht Dorsten vergleichsweise gut da; allerdings werden die Gewerbesteuereinnahmen nicht immer so sprudeln wie derzeit, zumal hohe Gewerbesteuereinnahmen gemäß dem Prinzip der kommunizierenden Röhren auf der anderen Seite dazu führen, dass die Schlüsselzuweisungen sich mindern werden. Nichtsdestotrotz müssen wir den durch Beendigung der Haushaltssicherung neu gewonnenen Spielraum nutzen, um den Klimaschutz voranzubringen, die Digitalisierung der Schulen voranzutreiben, die Verwaltung zu modernisieren und den gigantischen Investitions- u. Sanierungsstau, auch bei Kindertagesstätten und Schulen, aufzulösen.

Daher stellt sich auch die Frage, ob wir wirklich gut beraten sind, die volle Rückzahlung der „Corona-Schulden“ durch Rückgriff auf das Eigenkapital schon bis 2024 vorzunehmen. Oder ob nicht eine Teilrückzahlung und damit das Vorhalten einer größeren Rücklage sinnvoller ist, um die gewaltigen kurz- und mittelfristigen Anforderungen bewältigen zu können, zumal hier der Fluch der guten Tat droht, wenn erneut, wie in der Vergangenheit schon geschehen, die Kommunen, die sich besonders verantwortungsbewusst oder zumindest angemessen verhalten haben, hinten herunterfallen, weil den Kommunen, die großzügiger, also sorgloser, gewirtschaftet haben, Kompensationen seitens des Landes zugestanden werden. Auch neue Herausforderungen wie der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 werden die Situation weiter verschärfen. Da denke ich insbesondere an die fehlenden Räumlichkeiten und die Notwendigkeit einer „guten und zukunftsfähigen Jugend- und Schulpolitik“, die der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede in Aussicht gestellt hat, abgesehen von den schon angesprochenen massiven aktuellen weiteren Herausforderungen wie dem Sanierungsstau (Straßen, Radwegen, Gebäuden etc.) im dreistelligen Millionenbereich, dem notwendigen schnellen Ausbau der Digitalisierung (nicht nur im Schulbereich, sondern auch in der Verwaltung, s. E-Akte), der Dorfentwicklung, dem Klimaschutz usw. - und das bei bis zu 100 unbesetzten Stellen. Ein besonderes Problem stellt auch dar, dass Fördermittel von Bund und Land nicht abgerufen werden können, weil die Akquirierung von Fördermitteln wegen der Anforderungen bei der Antragsstellung übermäßig viel Personalkapazität bindet. Man sollte nicht die Energie wie für eine Master- oder zumindest Bachelor-Arbeit aufbringen müssen, um sinnvolle Projekte in die Wege leiten und umsetzen zu können. Die Kommunen wissen in der Regel ohnehin besser als die Förderkulissen-Lyriker, warum und wo Gelder sinnvollerweise investiert werden sollten.

Ich will aber keineswegs verschweigen, dass in den letzten Jahren, trotz Restriktionen, große Erfolge erzielt wurden, nicht nur für die Rückführung des Kreditvolumens um ca. 100 Mio. Euro, sondern auch durch die gelungene Stadtentwicklung (in Kürze steht das Mitte-Programm vor dem Abschluss, mit dem immerhin solche Großmaßnahmen wie die Umgestaltung der Fußgängerzone, die Umgestaltung des Bürgerparks Maria-Lindenhof, die Überplanung des Bahnhofsgebäudes und

die ökologische Optimierung Schölzbach und Umgebung, aber auch der Ausbau der Klosterstraße und die Neugestaltung des Georgsplatzes finanziert werden konnten, um nur einige Beispiele zu nennen). Eine Nachfolgeregelung für das Citymanagement ist in Vorbereitung und ein erster Aufschlag für die Dorfentwicklung erfolgt. Mit der nahezu vollständigen Vermarktung der Zechenflächen ist auch ein wirklicher Strukturwandel vollzogen worden. Das Team um Windor-Geschäftsführer Hadick hat hier Hervorragendes geleistet.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Was ist zu tun?

In der Sitzung des HFA am 24.11.2021 wurden, auf der Grundlage eines SPD-Antrages, der dann mit Vorschlägen von CDU und Grünen kombiniert wurde, folgende Veränderungen im Ergebnishaushalt und bezüglich des Stellenplans einvernehmlich vereinbart.

Im Zuge der Neuorganisation des Umweltbereiches und der in diesem Zusammenhang vorgesehenen Stabsstelle „Umwelt-, Klima-, Natur- und Verbraucherschutz“ werden für diesen Komplex nach Bedarfsprüfung bis Ende des 1. Halbjahres noch im Laufe des Jahres 2022 zusätzliche Stellenanteile zur Bewältigung des erheblich gestiegenen Aufgabenvolumens geschaffen.

Darüber hinaus wird für den Bereich Klimaschutz ein Budget in Höhe von 50.000,00 Euro zur freien Verfügung der Stabsstelle eingerichtet. Solange die Neuorganisation noch nicht realisiert ist, können diese Mittel auch als nicht streng gebundene Mittel – gewissermaßen als Feuerwehffonds – im Umweltbereich anderweitig genutzt werden.

Für die Digitalisierung in den Bereichen Schule, VHS und Bibliothek wird ein pauschaler Ansatz in Höhe von 50.000,00 Euro für Anschaffungen, Support u. Ä. eingerichtet.

Beide Budgetbereiche werden gegenseitig deckungsfähig gestellt.

In einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/die Grünen, Fraktion feat. und bei Zustimmung auch der Vertreter der Linken und der FDP wurde schon in der letzten Ratssitzung die Verwaltung beauftragt, für den Haushaltsbeschluss 2022 eine Erhöhung des Zuschusses für die Verbraucherberatungsstelle in Höhe von jährlich 20.000,00 Euro zur personellen Absicherung des bisherigen Beratungsstandards vorzusehen. Diese Erhöhung wird

auch dauerhaft in den Folgejahren wirksam sein und darf nur zur Finanzierung einer weiteren halben Stelle verwendet werden, an der sich die Stadt Dorsten und das Land NRW zu gleichen Teilen finanziell beteiligen müssen.

Ein weiterer gemeinsamer Antrag sieht die Sicherung der Finanzierung des Dorstener Bündnisses für Kultur- und Stadtmarketing von 2022 bis 2024 mit jährlich 90.000,00 Euro vor und ist jetzt auch im Haushalt abgebildet.

Bezüglich Stadtentwicklung wurde von der Planungsabteilung schon eine Nachfolgeregelung zum Citymanagement angekündigt; zudem wird der Focus jetzt auf die Dorfentwicklung gerichtet.

Eine herausragende städtebauliche Wegmarke wird die Überplanung des Wulfener Marktes; noch im Dezember wird das beauftragte Büro, das die Bedingungen für den Architektenwettbewerb erarbeiten soll, seine Arbeit aufnehmen. Dazu gehört auch die Durchführung einer Bürgerwerkstatt. Im Januar oder Februar wird der Rahmenplan im GHW ausgestellt werden und der Architektenwettbewerb im Sommer 2022 starten. Das ist auch eine Chance, Synergieeffekte mit dem benachbarten Umfeld, u. a. GHW und Gesamtschule, zu erzielen und eine klimaneutrale Quartiersentwicklung auf den Weg zu bringen.

Bei den weiteren Schritten Richtung Rathaussanierung erwartet die SPD-Fraktion vor allen Dingen auch die Berücksichtigung des Gesichtspunktes „Homeoffice“, der sicher zu einer Raumersparnis führen wird. Auf der anderen Seite sind bei der Neuplanung Geschäftsräume für die Fraktionen vorzusehen, wie dies in anderen Städten – auch in Nachbarkommunen – längst der Fall ist. Das schrittweise und partielle Outsourcing der Politik aus der Kopf- und Leitstelle Rathaus muss revidiert werden.

In den Blick genommen werden muss auch das ehemalige Freibadgelände im Marienviertel, das jetzt seit fast 20 Jahren brach liegt. Zwischenzeitliche Ideen, dort einen Park einzurichten oder das Gelände zu schulischen Zwecken zu übertragen, sind einer Realisierung nicht nähergekommen. Bisher scheiterten alle Ansätze an der Beseitigung der dort vorhandenen Altlasten bzw. der damit verbundenen Kosten. Andererseits kann dieser städtebaulich attraktive Bereich nicht auf Dauer außen vorgelassen werden. Hier bedarf es zumindest eines Grundsatzbeschlusses, einer perspektivischen Grobplanung unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, in welche Richtung das Gelände auf Dauer entwickelt werden soll. Dabei muss auch Naturschutzbelangen Rechnung getragen werden. Immerhin handelt es sich um einen Außenbereich, der damals als Kompensationsfläche für die fehlenden Ökopunkte des Atlantis in Anschlag gebracht wurde.

Im Hinblick auf die Wirtschaft ist die Schaffung und Revitalisierung von nachhaltigen Gewerbe- und Industrieflächen unverzichtbar. Darauf hat bei seiner Verabschiedung auch der Windor-Geschäftsführer Josef Hadick mit Nachdruck hingewiesen und einen entsprechenden Appell an die Politik gerichtet.

In diesem Zusammenhang ist die Ansiedlung des Logistikzentrums von Levi Strauss auf dem ehemaligen Zechengelände in Wulfen eine große Chance, zumal es sich dabei auch um ein Modellprojekt für Nachhaltigkeit handelt. Mit der Ansiedlung von Levi Strauss erhält Dorsten einen Leuchtturm mit Strahlkraft. Hier geht es am Ende um ca. 600 neue Arbeitsplätze.

Die Erhöhung des Budgets Schule zugunsten einer beschleunigten Digitalisierung habe ich schon angesprochen. Allerdings möchte ich nicht darauf verzichten, an dieser Stelle eine Schlussfolgerung von Frau Dr. Vera Demary, Leiterin des Kompetenzfeldes Digitalisierung, Strukturwandel und Wettbewerb beim Institut der deutschen Wirtschaft (DIW) in Köln aufzugreifen, die im Zusammenhang von vier „D“ (Digitalisierung, Demografie, Dekarbonisierung, Deglobalisierung) als den wesentlichen Herausforderungen der deutschen Wirtschaft forderte, dass mehr in Bildung zu investieren sei und man keine jungen Menschen verlieren dürfe. Dies entspricht exakt, wenn auch nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, der Position der SPD-Fraktion und bedeutet nicht zuletzt, dass wir auch beim Ausbau der Offenen Ganztagschule und der weiteren Ausstattung der Schulen erheblich besser und schneller vorankommen müssen. Auf die Problematik zu großer Klassen und das Phänomen der „Käfighaltung“ habe ich in der Vergangenheit häufig hingewiesen. Auch wenn wir als Kommune bezüglich der Klassenstärke nur begrenzt Einfluss nehmen können, müssen wir alle Möglichkeiten einer Verbesserung nutzen (z. B. im Zusammenhang der Festlegung der Zügigkeit). „Bildung ist im Übrigen auch das Hauptmittel der Demokratie“, wie schon der berühmte Mediziner und 1848er- Revolutionär Rudolf Virchow wusste.

Sehr geehrter Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

ich habe nur einige wenige Punkte angerissen und komme jetzt zum Stellenplan. Vor dem Hintergrund der über 100 unbesetzten Stellen und der Tatsache des äußerst dringenden Bedarfs in vielen Bereichen, besonders im Technischen Dezernat, aber auch in der Personalabteilung, dem Ordnungsamt (s. Corona), der Kämmerei und beim Gesundheitsmanagement, um nur einige Beispiele zu nennen, konzentriere ich mich darauf, einige Hinweise zur verbesserten Akquisition

von Personal zu geben. Diese ist jedenfalls dringend notwendig, statt den Mitarbeitern weitere Mehrarbeit und Leistungsverdichtung zuzumuten. Und hier geht es nicht nur um die werbegriffliche Dimension, auch wenn derzeit die städtischen Stellenangebote im Design von „Todesanzeigen“, gestaltet werden und sicher eher abschreckend als hilfreich sind. Es geht hier vor allen Dingen auch um mehr und höhere Zulagen (Funktionszulagen). Es geht um etwaige Verkürzungen der Dienstaltersstufen, es geht um die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten, vermehrte Homeoffice-Angebote, um Langzeitarbeitskonten, um Jobrad und ähnliches mehr. Hier müssen dringend neue Wege gemäß dem Motto: „Wie mache ich Arbeitsplätze attraktiv und sicher?“ beschritten werden.

Der neue Kämmerer Karsten Meyer hat ja schon eine Rekrutierungsinitiative angekündigt, auf die wir gespannt sein dürfen. In den Focus rücken müssen stärker als bisher auch sogenannte weiche Standortfaktoren, wie etwa die Einrichtung eines Betriebskindergartens oder zumindest die Einrichtung von Belegplätzen für Kinder von Mitarbeitern der Verwaltung. Hilfreich wäre sicher auch die schon mehrfach von mir bemühte beschleunigte Modernisierung. In der Digitalisierung hinken wir – trotz guter Leute – deutlich hinterher. Und hier steht nicht nur die E-Akte in Rede. Ebenso wichtig wäre der Ausbau des Gesundheitsmanagements, das sich bisher mit einem Bettelbudget begnügen muss. Darüber hinaus müssen mehr Auszubildende zum Zuge und zu ihrem Recht auf optimale Ausbildung kommen, was auf der anderen Seite einer höheren Zahl von Ausbildern bedarf. Weitere Aspekte wären der Ausbau des Angebotes duales Studium usw. Ich weiß, dass auch der Personalrat, mit dem wir Gespräche geführt haben, engagiert und intensiv in diesen Fragen unterwegs ist.

Die bisherigen Ausführungen machen deutlich, dass die Änderungsvorschläge der SPD-Fraktion zum Haushalt nicht maßlos, sondern durchaus maßvoll und mehr als berechtigt sind.

Schlussendlich möchten wir uns bei der Verwaltung, insbesondere bei dem ehemaligen Kämmerer, Herrn Große-Ruiken für die langjährige gute Zusammenarbeit, und bei dem neuen Kämmerer, Herrn Karsten Meyer, sowie den Mitarbeitern, für die Bereitschaft, jederzeit Rede und Antwort zu stehen, bedanken.

Der Ex-Kämmerer hat seine Haushaltsrede mit folgendem Zitat von Laotse beendet: Nur wer sein Ziel kennt, findet den Weg. Dazu sage ich: Nur wer den Weg kennt, findet sein Ziel. Oder mit Franz Kafka: Wege entstehen dadurch, dass man sie geht.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

Die SPD-Fraktion stimmt dem Stellenplan 2022 und der Haushaltssatzung 2022 mit den eingearbeiteten Änderungsvorschlägen zu.

Glück Auf!

Friedhelm Fragemann